

PR - 14. 11. 2007

# Scharmützel um Pfründe oder mehr Bürgernähe?

Wie die Debatte um hauptamtliche Ortsbürgermeister das Land verändern könnte / Raus aus den Schreibstuben, rein in den Landtag

Von unserem  
Redaktionsmitglied  
Lars Hennemann

MAINZ – Was ist eigentlich daran so aufregend, wenn etwa 40 ehrenamtliche rheinland-pfälzische Ortsbürgermeister aus Gemeinden und Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern ihre Posten künftig hauptamtlich bekleiden wollen? Haben die übrigen 2 200 Ortsgemeinden im Land nicht andere Probleme? Ja und Nein.

Der Vorstoß der Bürgermeister, der in der „Oppenheimer Erklärung“ fixiert ist, berührt den Kern der rheinland-pfälzischen Kommunalverwaltung, die seit der Reform der siebziger Jahre auf dem Nebeneinander von Verbands- und Ortsgemeinden basiert. Nach 30 Jahren sind die Schwachpunkte

dieses Systems derart offenkundig, dass der Ruf nach Änderungen überfällig war.

Zunächst einmal arbeiten Verbands- und (vor allem größere) Ortsgemeinden oft genug nebeneinander her oder blockieren sich sogar. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Erstellung von Flächennutzungsplänen, auf denen die gesamte Entwicklung einer Region basiert, gerät wegen unterschiedlicher Interessen nicht selten zum jahrelang öffentlich aufgeführten Trauerspiel. Kommen noch persönliche Differenzen zwischen Orts- und Verbandsbürgermeistern hinzu oder gehören sie unterschiedlichen Parteien an, steigen die Schwierigkeiten zusätzlich.

Hauptamtliche Ortsbürgermeister könnten die Interessen einer Gemeinde bündeln, wo-

bei dann aber die künftige Kompetenzabgrenzung zwischen Orts- und Verbandsgemeinden genau definiert werden müsste. Warum? Ehrgeizige hauptamtliche „Dorfschulzen“ dürften kaum ohne eigene Verwaltung auskommen. Da aber jede Verwaltung dazu neigt, im Lauf der Zeit immer mehr Zuständigkeiten an sich zu ziehen, darf kein erneutes lähmendes Gerangel um Aufgaben entstehen.

Ein noch tiefer reichender Grund, die Verwaltung im Land auf den Prüfstand zu stellen, ist der Zuschnitt der Verbandsgemeinden. Schon vor 30 Jahren wurden sie keineswegs ausschließlich nach lokal sinnvollen Gegebenheiten eingerichtet. Oft genug gab vielmehr politisches Postengeschacher den Ausschlag. Das

und die regional sehr unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung haben dazu geführt, dass das Verwaltungskorsett dem Land heute stellenweise so schlecht passt wie einem 50-Jährigen sein Konfirmationsanzug.

## Analyse

Vor allem in Rheinhessen, aber auch am Mittelrhein oder in der Pfalz sind Ortsgemeinden herangewachsen, die besagtes Korsett gesprengt haben. Das starre Festhalten an einem einheitlichem System für das gesamte Land macht angesichts dessen immer weniger Sinn. In der Eifel oder im Hunsrück mit vielen verstreuten Weilern sind Verbandsgemeinden bisherigen Zuschnitts

weiterhin zeitgemäß, am Rhein nicht. Dort wären punktuelle Korrekturen – auch über hauptamtliche Ortsbürgermeister – angebracht.

Die Menschen im Land haben eine recht eindeutige Meinung zum Thema: Bei einer – nicht repräsentativen – Umfrage unserer Zeitung sprachen sich fast 90 Prozent der Befragten für hauptamtliche Ortsbürgermeister aus, bei einer Aktion des „Trierischen Volksfreunds“ immerhin noch fast 60 Prozent. Entscheidend bei der weiteren Diskussion ist daher, dass sie im Interesse der Bürger geführt wird. Die jüngste Versammlung des Städte- und Gemeindebundes in Bingen war ein Beispiel dafür, wie man das Thema nicht angehen sollte. Die anwesenden Verbandsbürgermeister unterstell-

ten den auf Hauptamtlichkeit drängenden Ortsbürgermeistern ausschließlich persönliche Motive und verwiesen ansonsten darauf, dass die Verbandsgemeinden alle Aufgaben im Griff hätten. Einmal abgesehen davon, dass es einen Unterschied macht, ob man wegen eines Kindergartenplatzes fünf Minuten zu Fuß zur Ortsgemeinde läuft oder zehn Kilometer mit dem Auto zur Verbandsgemeinde fährt: Die viel beschworene Bürgernähe wird durch solche letztlich egoistischen Scharmützel um Pfründe mit Füßen getreten.

Die Debatte um neue Verwaltungsstrukturen muss eine offene sein. Nicht zuletzt deshalb gehört sie auch in den Landtag und nicht nur in irgendwelche Schreibstuben, die kein Bürger je betreten hat.